

Notaufnahme-Gebühr als praxisfern zurückgewiesen

Kassenärzte-Chef fordert Zahlung in bestimmten Fällen – Klinikverband sieht Ablenkung von Defiziten – Grüne: „Gefährlich“

13.04.2023 | Stand 12.04.2023, 23:17 Uhr



Auf breite Ablehnung stieß die Idee einer Notaufnahme-Gebühr von Kassenärzteschef Andreas Gassen. –Foto: Jens Schicke, imago images

Von Samuel Stanley und Daniel Pfeifer

München/Berlin. „Wer weiterhin direkt in die Notaufnahme geht, ohne vorher die Leitstelle anzurufen, muss gegebenenfalls eine Notfall-Gebühr entrichten, denn das kostet die Solidargemeinschaft unterm Strich mehr Geld und bindet unnötig medizinische Ressourcen“, hat der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärt. Diesen unpopulären Vorschlag räumte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gestern ab. Die Idee stieß auch bei der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), dem Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte sowie Patientenschützern auf massiven Widerstand.

Der Vorstoß von Gassen sei ein Versuch, „von einigen Defiziten abzulenken“, sagte BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen im Gespräch mit der Mediengruppe Bayern. Im Bereich der niedergelassenen Ärzte gebe es „Hausaufgaben“, denen sich gestellt werden müsse. So müssten etwa Bereitschaftspraxen und die Verfügbarkeit von ambulanter Behandlung ausgebaut werden. Zudem brauche es die Verschmelzung des Rettungsdienstes unter 112 und des ärztlichen Bereitschaftsdienstes 116117, damit die Ressourcen besser genutzt werden.

Außerdem ist Engehausen überzeugt: „Eine Strafgebühr wird nicht abschrecken.“ Die Notaufnahmen würden im Gegenteil eher noch mehr belastet werden, da dann noch das Strafgeld eingetrieben und verwaltet werden müsse. „Das geht an der Praxis vorbei“, sagte Engehausen.

Als unpraktikabel sieht den Vorschlag auch der Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte. „Ich bin überrascht über diese Mitteilung. Die Notfallversorgung ist ein komplexes System, das sich nicht allein über eine Gebühr in der Notaufnahme verbessern lässt. Wichtiger wäre eine adäquate Finanzierung für die Notfallversorgung“, sagte der Präsident des Verbands, Michael Weber, der Mediengruppe Bayern. Er verweist auf die Praxisgebühr, die über Jahre erhoben wurde: „Die Erfahrung mit

der Praxisgebühr zeigte damals: Der Aufwand ist bei solchen Gebühren größer als der Ertrag.“ Zudem seien viele Menschen in schwieriger sozialer Lage auf eine Notfallversorgung angewiesen. „In Notaufnahmen sind viele Menschen in schwierigen sozialen Lagen sowie Migranten und Migrantinnen. Unter ihnen ist die Inanspruchnahme deutlich höher. Eine Gebühr gegen sie ist kein gutes Vorgehen.“

Dass Patienten auch unnötigerweise in die Notaufnahme kommen, bestätigten sowohl Engehausen als auch das Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS). APS-Vorsitzende Ruth Hecker begründete dies auf Anfrage unserer Zeitung damit, dass es „unangemessene Wartezeiten in den ambulanten Bereichen gibt. Patienten gehen dann lieber in die Notaufnahme, weil sie keine Lust haben, auf einen Arzttermin zu warten.“ Von Gassens Vorschlag hält sie dennoch nichts. „Wir haben in Deutschland grundsätzliche Struktur- und Systemprobleme, die wir über eine Gebühr nicht in den Griff bekommen“, sagte sie. „Das wäre höchstens ein Verdecken von Symptomen und keine Ursachenbekämpfung.“

Auch Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen wies den Vorschlag als „irreführend und gefährlich“ zurück. „Menschen mit einem akuten medizinischen Problem müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen unabhängig vom Geldbeutel in der Notaufnahme jederzeit geholfen wird“, sagte er.

– mgb/dpa

URL: <https://www.pnp.de/print/ueberregional/bayern-niederbayern/notaufnahme-gebuehr-als-praxisfern-zurueckgewiesen-10939244>

© 2023 PNP.de